Knogler, Michael, 2002: *Arbeitsmarktpolitische Herausforderungen in den Ländern der EU-Beitrittskandidaten.* Osteuropa-Institut München. Working Paper Nr. 235. München.

Marksová-Tominová, Michaela, 2004: „Tschechien. Der Unmut wächst: politische Partizipation von Frauen in Tschechien im Wandel". In: Hoecker, Beate/Fuchs, Gesine (Hg): *Handbuch politische Partizipation von Frauen in Europa. Band II: Die Beitrittsstaaten.* Wiesbaden, 101-121.

nowa-Netzwerk für Berufsausbildung, 2005: Petition: *Europäische Politik zur Gleichstellung von Frauen und Männern ist in Gefahr!*
Internet: http://www.nowa.at/genderequality/ (8.10.2005).

Open Society Institute – Network Women's Program, 2005: *Equal Opportunities for Women and Men. Monitoring Law and Practice in New Member States and Accession Countries of the European Union – Overview.* Budapest, New York.

Pollert, Anna, 2004: Gender, *Work and Employment in Ten Accession Countries of Central Eastern Europe to the EU.* Paper presented at the Conference „Work, Employment and Society", 1.-3. September 2004. Manchester.

Thiel, Anke, 2005: „Bildung." In: Bothfeld, Silke u.a. (Hg.): *WSI-FrauenDatenreport 2005 – Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen.* Berlin, 57-107.

Ziegler, Astrid, 2005: „Erwerbseinkommen." In: Bothfeld, Silke u.a. (Hg.): *WSI-Frauen-Datenreport 2005 – Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen.* Berlin, 243-288.

EU-Osterweiterung und Geschlechter(un)gleichheit in Polen, Tschechien und Ungarn[1]

Carmen Klement, Brigitte Rudolph

Im Mai 2004 erfolgte die Aufnahme von zehn neuen Ländern[2] in die Europäische Union (EU), die damit auf 25 Mitgliedstaaten anwuchs. Als Bedingung für ihren Beitritt mussten die Länder sich den demokratischen, rechtsstaatlichen und den ökonomischen Standards der EU angleichen und das gesamte EU-Recht übernehmen. Die osteuropäischen Länder sahen sich damit erneuten Herausforderungen gegenüber, da sie nicht allein durch ihren Beitritt zur EU, sondern aufgrund des politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses bereits seit 1989 gravierende Umbrüche in Politik und Wirtschaft zu bewältigen hatten, die von vielen strukturellen und institutionellen Veränderungen begleitet waren. Neben dem politischen Systemwechsel vom Sozialismus zur Demokratie war zeitgleich der Wechsel von der Planwirtschaft zur marktwirtschaftlichen Ökonomie zu vollziehen, der zu starken Verwerfungen auf den

Arbeitsmärkten und zu einer bis dahin nicht gekannten offenen Arbeitslosigkeit führte, von der Frauen vermehrt betroffen waren. Durch diese Arbeitsmarktentwicklung und einige während der Transformation erfolgten restriktiven sozialen Reformen erscheinen Frauen bezüglich ihrer sozioökonomischen Lage auf den ersten Blick häufig als Benachteiligte des Systemwechsels, zumal die familiäre Reproduktionsarbeit nach wie vor ungebrochen in ihrer Verantwortlichkeit liegt.

Die EU sieht sich als Vorreiterin der Überwindung von Ungleichbehandlung zwischen den Geschlechtern und ist mit ihrer Rahmenstrategie zum Gender Mainstreaming darum bemüht, in einer breit angelegten Offensive traditionelle Geschlechterrollen und Stereotype aufzubrechen. Damit soll in letzter Konsequenz die Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen in allen Bereichen der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gewährleistet werden (Gröner 2002, 91). Vor dem Hintergrund der Entwicklungen auf nationaler Ebene im Zuge der Transformation wurde daher der EU-Beitritt für viele osteuropäische Frauen zum Hoffnungsträger für eine bessere und geschlechterdemokratische Zukunft (Jünemann/Klement 2005, 8). Wie verhält es sich nun mit der rechtlichen Norm der Gleichberechtigung und des Gender Mainstreaming und der sozioökonomischen Realität von Frauen und Männern innerhalb der EU sowie insbesondere in den osteuropäischen Beitrittsländern? Gibt es eine Diskrepanz zwischen *de jure* und *de facto*? Nähern sich Ideal und Realität einander an, bleibt alles beim (ungleichen) „Alten“ oder erweitert sich gar die Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit? Kurzum: Sind Frauen eher die Gewinnerinnen oder die Verliererinnen der wirtschaftlichen Transformation seit 1989, und wie gestaltet sich ihre gesellschaftliche Partizipation nach dem EU-Beitritt?

Im Folgenden soll diesen Fragen am Beispiel der Länder Polen, Tschechien und Ungarn nachgegangen werden, dreier vormals sozialistisch regierter Länder, die von einer stark propagierten Emanzipationsideologie gekennzeichnet waren. Dazu werden nach einem kursorischen Rückblick auf die weibliche Partizipation am Arbeitsmarkt während der Planwirtschaft zunächst die Arbeitsmarktveränderungen nach 1989 betrachtet. Aufgrund ihrer Relevanz für das Erwerbsverhalten von Frauen und Männern gilt der Blick in einem weiteren Schritt den länderspezifischen sozialstaatlichen Rahmenbedingungen und deren Veränderungen seit 1989. Inwieweit der im Jahre 2004 vollzogene EU-Beitritt schließlich eine Veränderung der sozioökonomischen Realität von Frauen in den genannten Ländern bewirkt hat, wird im nächsten Schritt dargelegt. Dort stehen die Fragen der nationalen Umsetzung von Gesetzen und Richtlinien zur Geschlechtergleichheit und Gender Mainstreaming im Mittelpunkt. Abschließend soll darüber reflektiert werden, ob die Veränderungen im Zuge der politischen und wirtschaftlichen Transformation in den genannten Ländern möglicherweise gegenüber dem vormaligen Leitbild der emanzipierten, voll am Arbeitsmarkt partizipierenden Frau und Mutter eine Divergenz hervorgerufen haben oder gar ein Backlash hin zu traditionellen kulturellen Leitbildern und geschlechtsspezifischer Rollenverteilung im Sinne des bürgerlichen Ehemodells aus dem 19. Jahrhundert zu beobachten ist.

Arbeitsmarktveränderungen in Polen, Tschechien und Ungarn nach 1989

Die planwirtschaftliche Politik in den vormals sozialistischen Regimes der Länder Polen, Tschechien und Ungarn garantierte nicht nur das Recht auf Erwerbsarbeit, sondern verpflichtete gleichermaßen die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung – Männer wie Frauen – dazu. Dadurch wurden für beide Geschlechter hohe Partizipationsraten am Arbeitsmarkt erreicht, die sich Ende der 1980er Jahre innerhalb der Bevölkerungsgruppe im Alter von 15 bis 59 Jahren auf mehr als 80% für beide Geschlechter belief (Rostgaard 2004, 10). Die hohe weibliche Beteiligung am Arbeitsmarkt war als Zeichen der Gleichstellung von Männern und Frauen charakteristisch für planwirtschaftlich organisierte ökonomische Systeme; sie war allerdings nach dem starken Industrialisierungsschub ab den 1950er Jahren auch zwingend notwendig zur Erfüllung der planwirtschaftlichen Ziele. Flankiert wurde diese Konstellation von entsprechenden sozialpolitischen Rahmenbedingungen, vor allem durch die Bereitstellung öffentlicher Kinderbetreuung und Betreuungseinrichtungen für ältere Menschen sowie durch die Entlastung der Familien von reproduktiver Familienarbeit mittels Betriebskantinen und Wäschereien. Trotz der hohen Arbeitsmarktpartizipation von Frauen und ihrer gleichen bzw. teils besseren Bildung war jedoch auch der Arbeitsmarkt in den sozialistischen Ländern stark segregiert, und es existierte der auch in westlichen Gesellschaften bekannte *gender wage gap*: Frauen in Polen, Tschechien und Ungarn hatten ein um durchschnittlich 20 bis 30% geringeres Einkommen als Männer (vgl. Lohmann/Seibert 2003; Marksová-Tominová 2003; Szabó 2003). Außerdem hatten Frauen trotz aller Gleichheitspostulate während der sozialistischen Zeit keineswegs den gleichen Zugang zu höheren Positionen wie Männer. Während in Polen Frauen fast die Hälfte der gesamten Arbeitskräfte stellten, waren z.B. 1983 nur 35,6 % von allen Managerposten mit Frauen besetzt (vgl. Ingham u.a. 1998).

Mit der „samtenen Revolution“ begann im Jahre 1989 für Polen, Tschechien und Ungarn ein lang anhaltender Transformationsprozess. Nicht nur die Politik, sondern insbesondere auch die Wirtschaft musste diesen Modernisierungsprozess durchlaufen und sich mit marktwirtschaftlichen Prinzipien auseinandersetzen. Durch die wirtschaftliche Neuorientierung und die damit einhergehenden Privatisierung ehemals staatlicher Betriebe, die sich nunmehr am Effizienzprinzip und an den Vorgaben der Produktivitätssteigerung zu orientieren hatten, kam es erstmals auch zu einer offenen Arbeitslosigkeit in großem Ausmaß. Insbesondere Frauen waren davon vermehrt betroffen, u.a. weil vorwiegend männlich dominierte Arbeits- und Industriebereiche während der Transformation staatlicherseits gestützt wurden, während viele überwiegend von Frauen besetzte Arbeitsbereiche dem freien Spiel der marktwirtschaftlichen Kräfte überlassen wurden und diese Bereiche sich nicht auf dem neuen Feld behaupten konnten. In Tschechien wurde beispielsweise im Zuge der Umstrukturierung die Schwerindustrie vom Staat finanziell erheblich unterstützt, während die Textilindustrie, die überwiegend Frauenarbeitsplätze bereitstellte, dem freien Markt überlassen

wurde (vgl. Marksová-Tominová 2003, 10). Dies trifft für Ungarn nur bedingt zu, da hier der große Beschäftigungsabbau nach dem Systemwechsel hauptsächlich in von Männern dominierten Bereichen erfolgte. Unter anderem aus diesem Grund ist in Ungarn die Frauenarbeitslosenquote geringer als die von Männern und betrug im Jahr 2000 für Männer 7% und für Frauen lediglich 5,6% (Szabó 2003, 40). Inwieweit hier jedoch auch andere Mechanismen zu einer geringeren Arbeitslosigkeitsquote von Frauen beigetragen haben, müsste noch genauer analysiert werden. So scheinen z.B. Frauen, die frühverrentet wurden oder in die „Stille Reserve" abwanderten, in der Statistik nicht mehr auf. Die Erwerbstätigenquote bietet hier einen besseren Vergleichsmaßstab: In Ungarn sank die Frauenerwerbstätigkeit zwischen 1985 und 1997 um 40% (vgl. Young 2005, 39).

Insgesamt hatten Frauen ein größeres Risiko ihren Arbeitsplatz zu verlieren sowie erschwerte Bedingungen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Die ungleichen Arbeitsmarktchancen wurden für Frauen mit Kindern dadurch verstärkt, dass nach 1989 in allen drei Ländern die Versorgung mit staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen stark reduziert und dadurch die individuelle Arbeitszeitflexibilität von Müttern eingeschränkt wurde.[3]

Allerdings stellen Frauen keine homogene Gruppe in Bezug auf ihre Arbeitsmarktbeteiligung dar; so zeigt sich bei näherer Betrachtung ein starkes Ungleichheitsgefälle innerhalb der Gruppe der erwerbswilligen Frauen. Es kristallisierten sich einige Problemgruppen innerhalb der weiblichen Arbeitslosen heraus, die sich entlang der Bereiche Bildung und Qualifikation, Familienstand und -situation, Alter, lokaler Region und Ethnizität[4] konstituieren. So lässt sich für alle drei Länder im Wesentlichen feststellen, dass junge, hoch gebildete, familiär ungebundene und damit hochmobile, in urbanen Gebieten wohnende Frauen letztendlich die besten Arbeitsmarktchancen haben (Szabó 2003, 26; Ferge 1997, 169).

In diesen Zusammenhang einzuordnen ist das häufig diskutierte Problem der seit der Transformation rapide zurück gegangenen Fertilitätsrate in den Ländern Polen, Tschechien und Ungarn. So sank die Geburtenrate in Polen von 1,84 im Jahre 1990 auf 1,31 im Jahre 2000, im gleichen Zeitraum in Tschechien von 2,04 auf 1,39 und in Ungarn von 2,01 auf 1,24. Die post-kommunistischen europäischen Länder weisen damit die niedrigsten Geburtenraten der Welt auf (vgl. Steinhilber 2004, 31; Rostgaard 2004, 6). Erklärt wird dieser Trend mit einem „Aufschiebeverhalten": Wegen der angespannten ökonomischen Situation und des insbesondere für Frauen mit Kindern erschwerten Zugangs zu Existenz sichernden Jobs auf dem Arbeitsmarkt würden Familiengründungen und Kindergeburten in der Hoffnung auf eine Konsolidierung der beruflichen Lage auf einen späteren Zeitpunkt verschoben (Lohmann/Seibert 2003; Marksová-Tominová 2003; Szabó 2003). Dies ist bereits jetzt insbesondere in jenen westlichen Gesellschaften bei Akademikerinnen zu beobachten, die durch eine unzureichende Betreuungssituation für ihre Kinder einen Karriereknick befürchten müssen und deshalb auf Kinder verzichten (vgl. Berger-Schmitt 2004). Allerdings

gelten diese Argumente zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht als gesichert, da auch denkbar wäre, dass Frauen Kinder wünschen, jedoch keinen Partner finden, mit dem sie diesen Wunsch realisieren können. In diesem Fall wäre die rückläufige Geburtenrate auf einen sinkenden Kinderwunsch von Männern zurückzuführen. Wie neueste Ergebnisse für Deutschland belegen, trifft dies für junge Männer in Deutschland in zunehmendem Maße zu: Bei ihnen zeigt sich im Vergleich zu Frauen eine stärkere Reduktion des Kinderwunsches (vgl. Dorbitz u.a. 2005, 36).[5] Als gesichert gilt, dass niedrige Geburtenraten immer eine Reaktion auf verbesserungswürdige sozialpolitische Verhältnisse sind und damit eine Verbesserung von Maßnahmen, die eine gute Kinderbetreuung gewährleisten und auch Vätern die Übernahme von Kinderbetreuungspflichten ermöglichen, die Geburtenrate steigen lässt.[6]

Sozialpolitische Maßnahmen und weibliche Beschäftigungsfähigkeit

Es ist hinreichend bekannt, dass Frauen und Männer von den Rahmenbedingungen eines Wohlfahrtsregimes unterschiedlich tangiert werden,[7] und zwar deshalb, weil neben Faktoren wie insbesondere den Systemen der sozialen Sicherung, nach wie vor die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht als eine partnerschaftliche Aufgabe, sondern überwiegend als von erwerbsorientierten und -tätigen Frauen zu lösendes Problem betrachtet wird. Aus diesem Grund kann eine stärkere Integration von Müttern in den Arbeitsmarkt nur dann gelingen, wenn die Versorgung der Kinder gesichert ist, sei es über den Zugang zu öffentlichen oder privaten Betreuungseinrichtungen oder durch partnerschaftliche Übernahme von Betreuungsverantwortung durch die Väter. Obwohl die vormals sozialistischen Regimes auf dem Gebiet der Kinderbetreuung eine Art „Vorbildfunktion“ innehatten, gab es bei differenzierterer Betrachtung sowohl starke regionale als auch qualitative Unterschiede. Insbesondere in Polen – und dort vor allem in den ländlichen Gebieten – war der Zugang zu den Betreuungseinrichtungen trotz der Vollzeitberufstätigkeit von Männern und Frauen nicht ausreichend, so dass vielfach die Hilfe der Großmütter in Anspruch genommen werden musste (Lohmann/Seibert 2003, 70). Nach der Transformation verschärfte sich die Situation nicht nur in Polen, sondern in allen hier genannten Ländern auf eklatante Weise. Selbst unter Berücksichtigung der in allen drei Ländern gesunkenen Fertilitätsrate erwiesen sich die nach vielfältigem Abbau und teilweiser Überführung in Privateinrichtungen weiterhin zur Verfügung stehenden staatlichen Betreuungsplätze als nicht ausreichend (Lohmann/Seibert 2003; Marksová-Tominová 2003; Szabó 2003). Der Rückgang der Betreuungseinrichtungen gilt sowohl für Kindergärten, die Kinder ab drei Jahren aufnehmen, insbesondere aber für die Einrichtungen, die Kinder unter drei Jahren versorgten (Krippen). So zeigen die zurzeit zur Verfügung stehenden Daten für Ungarn, dass von 1990 bis 2000 die Zahl der in Krippen betreuten Kinder um 28% gesunken ist (vgl. Szabó 2003, 58). Auch in Tschechien wurden die Krippen sukzessive geschlossen.

Tabelle 1: Entwicklung der Anzahl von Krippen in Tschechien

Jahr	Krippen	Jahr	Krippen
1990	1043	1997	101
1991	486	1998	79
1992	381	1999	67
1993	247	2000	65
1994	235	2001	59
1995	207	2002	58
1996	151	2003	60

Quelle: ÚZIS 2003 (www.uzis.cz)

Dies führt laut Auskunft des tschechischen Familienministeriums dazu, dass heute Kinder unter drei Jahren faktisch kaum mehr in Krippen betreut werden. Auch in Polen finden nur noch 2 % der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren in Betreuungsstätten Aufnahme und die Anzahl der Einrichtungen verringerte sich von 1.412 im Jahr 1990 auf 396 im Jahr 2001 (vgl. Lohmann/Seibert 2003, 70f.). Zwar korreliert der Rückgang der Betreuungseinrichtungen mit den gesunkenen Geburtenraten, trotzdem zeigt sich in den Zahlen, dass offensichtlich eine öffentliche Betreuung von Kindern unter drei Jahren zunehmend privatisiert wird und dafür Mütter partiell aus der Erwerbsarbeit aussteigen.

Sind bei der Ausgestaltung der öffentlichen Kinderbetreuung und verschiedener Transferleistungen für Familien nach 1989 große Einschnitte zu beobachten, so blieben die vormals geltenden Mutterschafts- und Erziehungsurlaubsregelungen weitgehend unangetastet.[8] Allerdings reagieren Frauen hierauf inzwischen unterschiedlich: Eine zunehmende Zahl der berechtigten Mütter nehmen die staatlichen Freistellungs- und Unterstützungsleistungen nicht mehr voll in Anspruch (vgl. Fultz/Steinhilber 2003; Cermaková u.a. 2000; UNICEF 1999), weil diese – wenngleich als soziale Errungenschaft für erwerbstätige Frauen und Mütter deklariert – ihren persönlichen Interessen und ihren Arbeitsmarktchancen zuwiderlaufen. Beispielsweise schöpfen in Polen mehr als zwei Drittel der Mütter, die hoch qualifiziert sind und gute Arbeitsmarktchancen haben, die ihnen zustehende Elternzeit nicht voll aus (UNICEF 1999, 54). Es scheint, dass insbesondere die Rückkehrgarantie an den vormaligen Arbeitsplatz, die von Unternehmen z.B. über drei Jahre hinweg aufrecht erhalten werden muss, nicht nur von den Arbeitgebern, sondern auch von den Frauen selbst als problematisch wahrgenommen wird und sie deshalb auf die Ausschöpfung der gesamten Elternzeit verzichten. Darüber hinaus laufen Frauen nicht nur Gefahr durch die Elternzeit eine einmal erreichte betriebliche Position zu verlieren, sondern sie müssen auch einen Qualifikationsverlust befürchten und können den beruflichen Anschluss verlieren. Überdies werden Mütter seitens der Arbeitgeber mit dem Vorurteil konfrontiert, dass für sie der ausgeübte Beruf nicht mehr oberste Priorität habe und mehr Fehlzeiten aufgrund der Mutterschaft zu befürchten seien. Der zunehmende Verzicht vieler Frauen auf die relativ großzügigen Erziehungszeitregelungen zeigt, dass langfristig

solche Regelungen offensichtlich nicht nur dem Schutz von Frauen dienen, sondern sich möglicherweise auch kontraproduktiv auf die Arbeitsmarktbeteiligung und Arbeitsmarktchancen von Frauen auswirken können.[9] Dies könnte dadurch abgemildert werden, dass familiäre Betreuungsverantwortlichkeiten auch von Vätern wahrgenommen werden. Zurzeit zeigen jedoch die Daten aus Polen, Ungarn und der tschechischen Republik noch das klassische Bild, wonach nur wenige Väter Elternzeit in Anspruch nehmen und die Verantwortlichkeit für die Kinderbetreuung nach altem traditionellem Muster überwiegend in weiblicher Hand liegt (vgl. Fultz u.a. 2003).[10]

Die nationale Umsetzung von EU-Gesetzen und Richtlinien zur Geschlechtergleichheit und Gender Mainstreaming

Der im Frühjahr 2005 vorgelegte Jahresbericht der EU-Kommission zur Gleichstellung von Mann und Frau (Europäische Kommission 2005), der einen Überblick über die wichtigsten Entwicklungen der jeweiligen Situation von Frauen und Männern in den Bereichen Bildung, Beschäftigung und soziales Leben gibt, bezieht sich erstmals auf die EU-25. Dem Bericht zufolge zeichnet sich insgesamt ein positiver Trend ab. So wird ein Abbau geschlechtsspezifischer Unterschiede in den Bereichen Bildung und Beschäftigung konstatiert, zugleich wird aber auch eingestanden, dass das geschlechtsspezifische Lohngefälle nahezu unverändert geblieben ist (ebd., 4) und allenfalls marginale Verbesserungen bei der geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktsegregation oder bei den Karrierechancen auszumachen sind: Die Segregation nach Berufen (17,5%) als auch die Segregation nach Sektoren (25,2%)[11] ist nach wie vor stark ausgeprägt und im Jahre 2003 (31%) waren lediglich 1% mehr Frauen in Führungspositionen als im Jahre 2002 (30%).

Das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird im Bericht zwar als „eine Herausforderung für Frauen *und* Männer“ beschrieben, die Beschäftigungsquoten zeigen jedoch eine eindeutige geschlechtsspezifische Zuordnung. Während bei Frauen mit Kleinkindern die Beschäftigungsquote um 13,6 Prozentpunkte niedriger ist als bei kinderlosen Frauen, ist sie bei Männern mit Kleinkindern um 10 Prozentpunkte höher als bei kinderlosen Männern. Dies ist laut Gleichstellungsbericht auf die beschränkten Kinderbetreuungsmöglichkeiten und geschlechtsspezifische stereotype Familienmuster zurückzuführen (ebd., 5).

Angesichts der Ergebnisse verwundert es nicht, dass in den Schlussfolgerungen der Europäische Rat – wie schon in den Jahren zuvor – dazu aufgefordert wird, die Mitgliedstaaten eindringlich darauf hinzuweisen, ihre Bemühungen zur Geschlechtergleichstellung fortzusetzen.

In den frühen Jahren der politischen und wirtschaftlichen Transformation in Polen, Tschechien und Ungarn wurde dem Aspekt der Gender-Gleichheit wenig Beachtung geschenkt. Sowohl die nationalen EntscheidungsträgerInnen als auch die Öffentlichkeit setzten im Hinblick auf die Etablierung der Marktwirtschaft und die anstehende

Demokratisierung andere Prioritäten, ohne dass den neuen Entwicklungen inhärenten Gender-Dimensionen Aufmerksamkeit zuteil wurde. Erst mit dem Näherrücken des EU-Beitritts änderte sich diese Situation. Da Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern als ein grundlegendes Prinzip der EU definiert wird, mussten die Beitrittsländer sich verpflichten, als Teil des *acquis communautaire*[12] auch die geschlechterpolitisch relevanten Regelungen vollständig zu übernehmen und umzusetzen (Jünemann/Klement 2005, 7). Somit waren im wesentlichen die Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Diskriminierung, die Gleichbehandlung am Arbeitsplatz, die Gewährleistung des gleichen Entgelts bei gleicher Arbeit sowie acht weitere Richtlinien zur Gleichbehandlung am Arbeitsplatz in nationale Gesetze zu übertragen. Wie diese Gesetze – wenn sie denn von den einzelnen Nationalstaaten implementiert wurden – *de facto* die Geschlechtergleichstellung beeinflussen und wie sich die Nationalstaaten zur Verbesserung der sozioökonomischen Lage von Frauen verhalten, ist aufgrund der kurzen Zeitspanne nach dem erfolgten Beitritt noch ein weitgehend offenes Feld. Die ersten zur Gleichstellung von Mann und Frau vorliegenden Studien in den osteuropäischen Beitrittsländern zeigen jedoch auf eindringliche Weise, dass es bezüglich der Geschlechtergleichbehandlung eine Diskrepanz zwischen *de jure* und *de facto* zu geben scheint. Gleichstellungspolitik ist zwar rechtsverbindlich, es gibt aber kaum Kontrollen der praktischen Umsetzung oder gar Sanktionen bei Nichteinhaltung der Vorgaben, wie dies z.B. auf wirtschaftlicher Ebene bei den Konvergenzkriterien des Stabilitätspaktes möglich ist (vgl. Pavlik 2005; Young 2005). Dies mache, so die kritischen BeobachterInnen des Prozesses, Gleichstellungsvorgaben nationalstaatlich auslegbar und verhandelbar. Aus der rechtlichen Verbindlichkeit werde nationalstaatlich eine „weiche“ Verbindlichkeit, die vom politischen Willen des jeweiligen Mitgliedstaates abhänge. Hinzu komme, dass die generelle Orientierung auf Marktkräfte, Handelsliberalisierung, Deregulierung und Flexibilisierung von Arbeitsmarktordnungen sowie der Abbau von sozialen Leistungen die schwierigen Beschäftigungs- und Einkommenssituationen für Frauen in den Beitrittsländern noch weiter verschärfe (Young 2005, 39).

Schlussbemerkung und Ausblick

Betrachtet man die Beitrittsländer Polen, Tschechien und Ungarn, in denen vor der Transformation teils aus ideologischen, teils aus planwirtschaftlichen Erwägungen die volle Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt weitgehend umgesetzt wurde, so zeigt sich nach dem Systemwechsel 1989 sowie nach dem EU-Beitritt 2004 ein sehr ähnliches Bild wie in den „alten“ EU-Staaten mit vergleichbaren Defiziten: Obwohl Männer von Frauen im Bereich der Bildung überholt wurden, werden Frauen nach wie vor schlechter bezahlt, haben geringere Karrierechancen, sind häufiger von Arbeitslosigkeit bedroht und tragen insbesondere im Alter ein größeres Armutsrisiko als Männer. Wenn auch Frauen nicht generell als die Verliererinnen der Transformation

bezeichnet werden können, so sind doch gravierende Einschnitte in ihre Arbeitsmarktpartizipation erfolgt, die den feministisch orientierten BeobachterInnen aus Politik und Wissenschaft bedenklich erscheinen. Es scheint, dass sich die sozioökonomische Lage von Frauen nach 1989 tendenziell eher verschlechtert hat.
Kritisch wird heute in den ehemaligen sozialistischen Ländern reflektiert und diskutiert, inwieweit vor 1989 die hohe Beteiligungsrate von Frauen am Arbeitsmarkt ausschließlich eine individuelle, emanzipatorische Entscheidung der Frauen sowie der Versuch einer Abkehr vom männlichen Ernährermodell und der Drang nach eigener ökonomischer Unabhängigkeit war, oder ob die Arbeitsmarktintegration aller Frauen eher nach dem Top-Down-Prinzip gesellschaftlich eingefordert wurde und Frauen unabhängig von der familiären Belastung Erwerbsarbeit zu leisten hatten.[13] Deshalb ist es nicht erstaunlich, dass es derzeit in allen drei Ländern einen öffentlichen Diskurs gibt, der auf der Grundannahme fußt, dass Mütter lediglich aus ökonomischen Gründen an Erwerbsarbeit interessiert seien und diese aufgeben würden, wenn der Ehemann genügend Einkommen zum Erhalt der Familie erwirtschaften könnte (vgl. Lohmann/Seibert 2003, 75; Marksová-Tominová 2003, 30; Szabó 2003, 57). Allerdings kommen die zu dieser Thematik durchgeführten Studien nicht zu einheitlichen Ergebnissen. So zeigt eine Studie von Sonja Drobnič (2005), dass neben der länderspezifischen kulturellen Historie den Variablen Bildung und ökonomischer Status des Ehemanns besondere Aufmerksamkeit zu schenken sei. Für Polen konnte sie zeigen, dass sich die Erwerbsorientierung polnischer Frauen verringert, wenn ihre Ehemänner bzw. Partner über einen hohen ökonomischen Status verfügen, während in Ungarn höhere ökonomische Ressourcen von Männern einen positiven Einfluss auf die Erwerbstätigkeit ihrer Frauen haben. Marie Cermakovás Studien über tschechische Frauen zeigen, dass diese unabhängig vom Einkommen ihres Mannes berufstätig bleiben möchten, selbst wenn kein finanzieller Grund für die Berufstätigkeit besteht (Cermaková u.a. 2000; vgl. auch Siklová 2005; Blossfeld/Drobnič 2001). Gefördert wird das Leitbild des Ernährer-Hausfrauenmodells in Polen und Ungarn durch öffentliche Diskurse, in denen propagiert wird, dass nur durch eine Erziehung der Mutter selbst die Weitergabe gesellschaftlicher Werte an die nächste Generation gesichert sei. In Polen wird dies zusätzlich bestärkt durch den starken Einfluss der katholischen Kirche und den historisch stark verankerten Mythos von der „Mutter Polin“, die sich für Familie und Nation aufopfert, wenig eigenen Ehrgeiz entwickelt, ganz für Mann und Kinder da ist und damit an ein traditionelles Frauenbild anknüpft. Die polnischen Frauen sind demnach die Hüterinnen der Moral, deren oberste Priorität darin besteht, Kinder zu gebären und sie nach festgelegten nationalen, kulturellen und ethischen Werten zu erziehen.[14] In Ungarn zeigen empirische Untersuchungen nach 1990 einen Rückgang der Akzeptanz für weibliche Erwerbsarbeit und gleichzeitig einen Wertewandel hin zum traditionellen Familienmodell des *male breadwinner* und der nicht berufstätigen Hausfrau (vgl. Glück 2000, 51). Neuere Untersuchungen belegen allerdings auch, dass zwar die Zustimmung zum klassischen Ernährermodell Mitte der

1990er Jahre zunächst deutlich anstieg, jedoch bis zum Jahr 2002 wieder nahezu auf seinen Ausgangswert von 1988 sank.[15] Hier schlagen sich offenbar wirtschaftliche Veränderungen und Weiterentwicklungen des Landes nieder, da innerhalb dieser relativ kurzen Zeitspanne kaum von einer tief greifenden und dauerhaften Einstellungsänderung auszugehen ist, da sich diese ja innerhalb weniger Jahre wieder umkehrte. Insbesondere für Tschechien kann bisher nicht von einer gravierenden Veränderung des Frauenleitbildes ausgegangen werden: Tschechische Frauen scheinen trotz aller gegenteiliger Diskurse nach wie vor stark erwerbsorientiert, obwohl auch hier die öffentliche Meinung kursiert, Frauen würden sich bevorzugt in die Haus- und Familienarbeit zurückziehen, wenn der Partner allein das Familieneinkommen erwirtschaften könnte. In einer Studie der International Labor Organization (ILO), die zwischen 1990 und 1993 durchgeführt wurde, stimmten dem allerdings nur 28% der befragten Frauen zu, während 40% die Hausfrauenrolle definitiv für sich ablehnten (vgl. Paukert 1993, 260f.). Angesichts dessen bleibt zu fragen, ob es sich bei den gegenteiligen öffentlichen Diskursen um arbeitsmarktpolitische Instrumentalisierungen handeln könnte, die von traditional ausgerichteten politischen Gruppierungen forciert werden, um Frauen vom Arbeitsmarkt zu verdrängen.[16]

Wie auch immer Frauen die Frage pro oder kontra Erwerbsarbeit individuell entscheiden mögen, verweist die öffentliche Diskussion doch auf die Gefahr eines möglichen Backlash zurück zur traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung – ein kulturelles Muster, das möglicherweise von Männern stärker favorisiert wird als von Frauen.[17] Die derzeit noch offene Frage bleibt, ob mit den Gegebenheiten des Marktes in Verbindung mit einigen eher restriktiv ausgestalteten wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen sowie dem aufkommenden neuen gesellschaftlichen Leitbild der Frau als Mutter und Hausfrau auf längere Sicht eine Rückkehr zu längst überkommen geglaubten Geschlechterrollen und antiquierten Gender-Kontrakten zu erwarten sei und damit die Gleichstellungsvorgaben der EU schleichend *ad absurdum* geführt werden könnten.

Fragt man abschließend, wie es sich mit dem Ideal und der Realität der Geschlechterverhältnisse in den Ländern Polen, Tschechien und Ungarn verhält, kann trotz der Facettenvielfalt, die sich aufgrund historischer, kultureller, politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen in den einzelnen Ländern zeigt, derzeit in allen drei Ländern noch kaum von einer positiven Annäherung der beiden Pole gesprochen werden. Vorbehaltlich dessen, dass es „die Frauen“ ebenso wenig als homogene Gruppe gibt wie „die Männer“, und sich auf beiden Seiten nach der Transformation sowohl GewinnerInnen als auch VerliererInnen herauskristallisieren, sind trotz aller politisch-rechtlicher Gegensteuerungsmaßnahmen die „alten“ Ungleichheiten mit überraschender Persistenz zugleich auch die „neuen“ Ungleichheiten geblieben. Einem Perpetuum mobile ähnlich scheint dies einigermaßen überraschend völlig unabhängig vom jeweils herrschenden politischen System zu sein, selbst dann, wenn sich die politische Ideologie die Emanzipation der Frau auf die Fahnen geschrieben hat. Obgleich die po-

litischen Systeme keine gemeinsamen Berührungspunkte haben, wurde in den früheren sozialistischen Systemen ebenso wie in den heutigen demokratischen EU-Mitgliedstaaten die Gleichbehandlung der Geschlechter *de jure* festgelegt und *de facto* nicht eingehalten. Die sozialistische Ideologie der Emanzipation war weitgehend reduziert auf eine ökonomische Funktion, nämlich der gleichgestellten Arbeitsmarktpartizipation von Frauen und Männern. Geschlechtsspezifische Ungleichheiten bezüglich der Entlohnung, der Aufstiegschancen und der Doppelbelastung durch Haus- und Erwerbsarbeit, der Frauen ausgesetzt waren, wurden nicht öffentlich thematisiert. Auch fünfzehn Jahre nach der politischen und wirtschaftlichen Transformation stellen die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen, die ungleichen Zugangschancen zu höheren Positionen, die horizontale und vertikale Segregation des Arbeitsmarktes sowie die traditionelle Festschreibung von Frauen auf familiäre Pflichten in Polen, Tschechien und Ungarn gravierende Geschlechterungleichheiten dar. Darüber hinaus sind Frauen seit der Transformation von Arbeitslosigkeit und Altersarmut nachhaltiger bedroht und in den öffentlichen Bereichen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft unterrepräsentiert. Damit können sie gemeinsame weibliche Interessen in vielen zentralen Lebensbereichen weniger erfolgreich vertreten und durchsetzen. Der Beitritt zur EU im Mai 2004 hat trotz aller positiven Erwartungen der Frauen aus Polen, Tschechien und Ungarn daran bis heute nichts geändert. Der Europäische Rat hielt fest, dass politische Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter Instrumente seien, die sowohl den sozialen Zusammenhalt als auch das Wirtschaftswachstum fördern. Von den Veränderungen zugunsten der Frauen seien jedoch auch die Männer betroffen, da es bei der Gleichstellung um die Beziehung von Mann und Frau auf der Grundlage gleicher Rechte, gleicher Pflichten und gleicher Chancen in allen Lebensbereichen gehe (vgl. Europäische Kommission 2005, 6). Wie die diesem Beitrag zugrunde liegende Studie aufzeigen konnte, sind *de facto* jedoch nur geringfügige Veränderungen zugunsten von Frauen feststellbar. So ist denn auch im wissenschaftlichen und politischen Diskurs der letzten Jahre weder auf gesamteuropäischer Seite noch bei den WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen der hier betrachteten Länder eine Euphorie über die mögliche Konkretisierung der Maßnahmen auf dem Gebiet der europäischen Gleichstellungspolitik zu bemerken. Eher ist das Gegenteil der Fall: Zur Überwindung der nach wie vor bestehenden Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit bezüglich der sozioökonomischen Lage ist man sich durchaus bewusst, dass der lange Kampf von Frauen um geschlechtsunabhängige gleiche Teilhabechancen und gleiche gesellschaftliche Rechte nicht zu Ende gekämpft ist. Bei den Bemühungen um Geschlechtergleichheit handelt es sich ungeachtet der europäischen Standardvorgaben und der gesetzlichen Implementation in den einzelnen Mitgliedstaaten um einen äußerst langwierigen Prozess, in dem Frauen sich weiterhin aktiv um die Durchsetzung ihrer Rechte bemühen müssen.

Anmerkungen

1 Der vorliegende Beitrag basiert auf den Ergebnissen eines vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geförderten Projekts „Transformation als Katalysator für weibliche Arbeitsmarkt-Inklusion oder -Exklusion? Ideal und Realität von Geschlechtergleichheit in den EU-Beitrittsländern Polen, Tschechien und Ungarn".
2 Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Litauen, Estland, Lettland, Slowenien, Zypern und Malta.
3 Da die Kinderbetreuung ein feminisierter Arbeitsbereich ist, führte der starke Abbau von Betreuungsplätzen auch zu einer weiteren Verringerung von Frauenarbeitsplätzen und trug damit zu einer steigenden Erwerbslosenquote von Frauen bei.
4 Die größte in der Region vertretene ethnische Minderheit sind Roma, die gesamtgesellschaftlich stark benachteiligt werden, einen niedrigeren Bildungsstand aufweisen und damit auch schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.
5 Entsprechende Daten bzw. Untersuchungen für Polen, Ungarn und Tschechien liegen bislang nicht vor.
6 Vgl. dazu Dorbitz u.a. 2005, 40ff. Der positive Einfluss familienfördernder Maßnahmen konnte bereits empirisch in den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten nachgewiesen werden. Dort hat die hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen keinen negativen Einfluss auf die Geburtenrate gehabt.
7 Zur Wohlfahrtsstaatsdiskussion in der feministischen Forschung vgl. Klement/Rudolph 2004; Lewis/Ostner 1994.
8 Zu den unterschiedlichen Einzelmaßnahmen siehe etwa Steinhilber 2004; Fultz u.a. 2003; Rostgaard 2003; Götting 1998.
9 Es gibt bereits zunehmend Hinweise darauf, dass Frauen unabhängig von der Gesetzeslage Entlassungen zu befürchten haben, wenn sie die Elternzeit voll in Anspruch nehmen (UNICEF 1999, 55).
10 Beispielsweise lag in Tschechien die Beteiligung der Väter an Elternzeit – trotz steigender Tendenz – im Jahr 2000 immer noch unter 1% (Cermaková 2000, 117; Marksová-Tominová 2003, 56). Für die anderen Länder liegen keine genauen Zahlen vor, es wird jedoch ebenfalls von dieser Größenordnung ausgegangen (vgl. UNICEF 1999).
11 Geschlechtersegregation nach Berufen (ISCO-Klassifikation) wird wie folgt berechnet: Zunächst wird der durchschnittliche nationale Beschäftigungsanteil von Frauen und Männern für jeden einzelnen Beruf ermittelt; anschließend werden die Differenzen addiert. Zur Berechnung der Geschlechtersegregation nach Sektoren (NACE-Klassifikation) wird zunächst der durchschnittliche nationale Beschäftigungsanteil von Frauen und Männern für jeden einzelnen Wirtschaftszweig ermittelt; anschließend werden die Differenzen addiert. Die sich jeweils ergebende Summe der geschlechtsspezifischen Diskrepanzen wird ausgedrückt als Prozentanteil an der Gesamtbeschäftigung.
12 Der *acquis* umfasst sämtliche gültigen Verträge und Rechtsakte der EU.
13 In Polen spricht man heutzutage sogar vom „Zwangsfeminismus in der stalinistischen Ära" (Chołuj 2003, 33). Zur Diskussion insgesamt siehe etwa Šiklová 2005; Ingham u.a. 2001; Ferge 1997; Siemieńska 1994; Havelková 1993.
14 Vgl. etwa Feldmann-Wojtachnia 2005; Chołuj/Neusüß 2004; Chołuj 2003; Jäger-Dabek 2003.
15 Unter 30% Zustimmung, die Befragten waren Frauen zwischen 25 und 50 Jahren (Hofäcker/Lück 2004).
16 In der deutschen Diskussion sind Betrachtungen um die „Neue Mütterlichkeit" oder der Aufruf zur Ausdehnung freiwilligen sozialen Engagements, der sich vorzugsweise an Frauen zu richten scheint, in wirtschaftlichen Krisenzeiten ebenfalls kein unbekanntes Phänomen (vgl. Rudolph 2003, 2001).
17 Untersuchungen in Tschechien Mitte der 1990er Jahre konnten empirisch belegen, dass Männer der Einstellung „Männer sollten das Geld verdienen und Frauen den Haushalt führen" wesentlich häufiger zustimmten als Frauen (vgl. Marksová-Tominová 2003, 51).

Literatur

Berger-Schmitt, Regina, 2004: „Zunehmende Tendenz zu späteren Geburten und Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen". *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI)*. H. 32, 1-10.

Blossfeld, Hans-Peter/Drobnič, Sonja (Hg.), 2001: *Careers of Couples in Contemporary Societies. From Male Breadwinner to Dual Earner Families*. Oxford.

Cermaková, Marie u.a., 2000: *Relations and Changes of Gender Differences in the Czech Society in 90's*. Prag.

Chołuj, Bożena, 2003: „Zugänge zu Geschlechtergerechtigkeit in Ost und West". In: FAM – Frauenakademie München e.V. (Hg.): Grenzen überwinden. Der EU-Erweiterungsprozess und Visionen für Europa aus frauenpolitischer Sicht (Konferenzdokumentation). München.

Chołuj, Bożena/Neusüß, Claudia, 2004: „Geschlechtergleichstellung in Polen – zwischen historischem Erbe, kulturellen Eigenheiten und neuen Herausforderungen". In: Meuser, Michael/Neusüß, Claudia (Hg.): Gender Mainstreaming. Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente. Bonn, 182-193.

Dorbritz, Jürgen u.a., 2005: *Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken*. Internet: http://www.bib-demographie.de/info/ppas_broschuere.pdf (8.11.2005).

Drobnič, Sonja 2005: „Gendered Employment Patterns: Individuals, Societies, Couples". In: Jünemann, Annette/Klement, Carmen (Hg): *Die Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union*. Baden-Baden, 132-145.

Europäische Kommission, 2005: *Bericht der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zur Gleichstellung von Mann und Frau 2005*. KOM (2005) 44 endgültig. Brüssel.

Feldmann-Wojtachnia, Eva, 2005: „Nach dem EU-Beitritt: Die politische Teilhabe von Frauen in Polen". In: Jüneman, Annette/Klement, Carmen (Hg.): *Die Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union*. Baden-Baden, 157-164.

Ferge, Zsuzsa, 1997: „Women and Social Transformation in Central-Eastern Europe". *Czech Sociological Review*. 5. Jg. H. 2, 159-178.

Fultz, Elaine u.a., (Hg.), 2003: *The Gender Dimensions of Social Security Reforms in Central and Eastern Europe: Case Studies of the Czech Republic, Hungary and Poland*. Budapest.

Fultz, Elaine/Steinhilber, Silke, 2003: „The Gender Dimensions of Social Security Reforms in the Czech Republic, Hungary and Poland." In: Fultz, Elaine u.a. (Hg): *The Gender Dimensions of Social Security Reforms in Central and Eastern Europe: Case Studies of the Czech Republic, Hungary and Poland*. Budapest, 13-41.

Glück, Timea, 2000: *Verlierer oder Gewinner? Über die Auswirkung des Transformationsprozesses auf die Arbeitsmarktposition der Frauen in Ungarn*. Unveröff. Diplomarbeit. Ludwig-Maximilians-Universität München.

Götting, Ulrike, 1998: *Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa*. Opladen.

Gröner, Lissy, 2002: „Frauen gestalten Europa. Gender Mainstreaming in der Europäischen Union". In: Roemheld, Regine (Hg.): *Wie geht es Ihnen, Madame Europe?* Herbolzheim, 91-97.

Havelková, Hana, 1993: „A Few Prefemenist Thoughts". In: Funk, Nanette/Müller, Magda (Hg.): *Gender Politics and Post-Communism: Reflections from Eastern Europe and the Former Soviet Union*. New York, London, 62-73.

Hofäcker, Dirk/Lück, Detlev, 2004: „Zustimmung zu traditionellem Alleinverdienermodell auf dem Rückzug." *Informationsdienst Soziale Indikatoren*. H. 32, 12-15.

Ingham, Mike u.a. (Hg.), 2001: *Women On The Polish Labor Market*. Budapest, New York.

Ingham, Mike u.a.1998: „Women in the Polish Labour Market: Is Transition a Threat?" In: Bull, Martin J./Ingham, Mike (Hg): *Reform of the Socialist System in Central and Eastern Europe*. New York, 136-163.

Jäger-Dabek, Brigitte, 2003: Polen. *Eine Nachbarschaftskunde*. Bonn.

Jünemann, Annette/Klement, Carmen (Hg.), 2005: *Die Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union*. Baden-Baden.

Klement, Carmen/Rudolph, Brigitte, 2004: „Employment Patterns and Economic Independence of Women in Intimate Relationships". *European Societies*. 6. Jg. H. 3, 299-318.

Lewis, Jane/Ostner, Ilona, 1994: *Gender and the Evolution of European Social Policies*. ZeS-Arbeitspapier Nr. 4. Bremen.

Lohmann, Kinga/Seibert, Anita (Hg.), 2003: *Gender Assessment of the Impact of European Union Accession on the Status of Women in the Labour Market in Central and Eastern Europe. National Study: Poland*. Warschau.

Marksová-Tominová, Michaela (Hg), 2003: *Gender Assesment of the Impact of EU Accession on the Status of Women and the Labour Market in CEE. National Study: Czech Republic*. Prag.

Paukert, Liba, 1993: „The Changing Economic Status of Women in the Period of Transition to a Market Economy System: The Case of the Czech and Slovak Republics after 1989". In: Moghadam, Valentine M. (Hg.): *Democratic Reform and the Position of Women in Transitional Economies*. Oxford, 248-279.

Pavlik, Petr, 2005: „Equality Without Gender: Implementation of the EU Initiative EQUAL in the Czech Republic", In: Jünemann, Annette/Klement, Carmen (Hg.): *Die Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union*. Baden-Baden, 146-156.

Rostgaard, Tine, 2004: *Family Support Policy in Central and Eastern Europe – A Decade and a Half of Transition*. Early Childhood and Family Policy Series No. 8. Unesco. Paris.